

Zu viel Reglementierung, zu langsame Behörden, dazu ein Zuständigkeits-Wirrwarr zwischen Senat und Stadtbezirken – viele Immobilien-Entwickler verlassen Berlin und wenden sich für Wohnungsbau im großen Stil dem Land Brandenburg zu.

Vier große Immobilien-Unternehmen haben am Mittwoch in einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärt, wo sie in Brandenburg für sich die größten Potenziale sehen. Nicht nur BER-Eröffnung, Tesla-Ansiedlung und ein Boom der Logistik- und Güterverkehrswirtschaft würden in Brandenburg für Zuzug und mehr Jobs sorgen. Auch weil in Berlin praktisch kaum noch freie Wohnungen zur Verfügung stehen, sei der Neubau in Brandenburg attraktiv, sagte Karsten Jungk, Geschäftsführer von Wüest Partner. Sein Unternehmen hat ein Ranking der für Investoren interessantesten Städte erstellt. Bevölkerungsentwicklung, Wohnungsbestand, aktuelles Preisniveau auf dem Immobilienmarkt, Zahl der Pendler und der Jobs vor Ort – diese und weitere Indikatoren wurden dafür ausgewertet. Fazit: 26 Kommunen sind grundsätzlich attraktiv.

5600 neue Wohnungen sind in den ausgesuchten 26 Kommunen entstanden.

An der Spitze liegen demnach in dieser Reihenfolge Wustermark, Schönefeld, Ludwigsfelde, Wildau, Potsdam, Zossen, Nauen, Blankenfelde-Mahlow, Beelitz und Rüdersdorf. Hinzu kommen weitere 16 Kommunen, die ohne Rangfolge aufgeführt werden. Im Norden beginnend, sind das Oranienburg, Bernau, Eberswalde, Ahrensfelde, Strausberg, Neuenhagen bei Berlin, Hoppegarten, Erkner, Fürstenwalde, Storkow, Königs Wusterhausen, Rangsdorf, Teltow, Werder, Falkensee und

Investoren stehen Schlange

Immobilien Konzerne entdecken in Brandenburg auch außerhalb des Speckgürtels immer mehr Wohn-Hotspots, in denen sie bauen wollen. Der Boom bringt Probleme mit sich. *Von Mathias Hausding*



wickler, die bislang eher in Berlin aktiv waren, nehmen insgesamt 26 Städte in Brandenburg verstärkt ins Visier. Foto: Sören Stache/dpa

Hennigsdorf. In all diesen Kommunen seien die Mieten seit 2018 auch durch ein qualitativ besseres Angebot im Schnitt um 25 Prozent gestiegen und die Preise für Eigentumswohnungen um 43 Prozent. Insgesamt wurden in den 26 Kommunen zwischen 2017 und 2019 rund 5600 neue Wohnungen

gebaut. Die Einwohnerzahlen legten in den vergangenen zehn Jahren im Schnitt um neun Prozent zu, wobei der Zuwachs in Storkow, Hennigsdorf und Fürstenwalde mit jeweils rund drei Prozent vergleichsweise gering ausfiel. Erkner ist die einzige Stadt in der Liste mit gesunkener Bau-

aktivität, obwohl sie laut der Analyse hinter Wustermark und vor Hoppegarten den prozentual größten Zuwachs an Jobs zu verzeichnen hatte. Was bedeuten diese Trends für die Unternehmen? Jürgen Leibfried, Vorstand des Immobilien-Entwicklers Bauwert, beschrieb am Beispiel von

Wildau, dass man bereits auf günstig erworbenen Flächen große Projekte habe umsetzen können. Inzwischen sei man jedoch dort und auch in anderen Berliner Umlandgemeinden mit der Sorge vor zu viel Neubau konfrontiert.

In Wildau gebe es derzeit leider ein regelrechtes Moratorium gegen weitere Neubauten, sagte Leibfried. Teilweise würden auch Projekte zu Unrecht als Quartiere nur für Reiche diskreditiert. Dem versuche man mit Online-Info-Kampagnen und dem Verweis auf die angestrebte soziale Mischung in diesen Neubaugebieten etwas entgegenzusetzen.

Jacopo Mingazzini vom Wohnungs-Entwickler The Grounds verwies auf die enormen wirtschaftlichen Potenziale von etwas weiter entfernten Kommunen wie Zossen. „Aus Sicht eines Investors liegen dort die Preise bei weniger als der Hälfte eines innerstädtischen Projekts.“

Sein Unternehmen sei mit Blick auf die Chancen im Berliner Umland „euphorisch“, sagte Mingazzini. „Nach langjährigen Aktivitäten in Berlin waren wir total überrascht, wie freundlich, zukunftsorientiert und schnell wir in Erkner zum Thema Baurecht gekommen sind.“ Auch in anderen Kommunen erlebe man eine andere, bessere Umgangskultur als in Berlin.

Kitabauten inklusive

Sandra Holborn von Vonovia betonte, dass man sich als Investor auf örtliche Wünsche einstelle. „Wir haben begriffen, dass wir nicht nur in Brandenburg bauen, sondern auch für Brandenburg.“ Das gelte sowohl für die angestrebte soziale Mischung in den Quartieren mit Mieten von 5,50 Euro bis 12 Euro pro Quadratmeter, als auch für die Infrastruktur rund um die Wohnungen. Wenn Ampeln oder Kreisel gebaut und Straßen verbreitert werden müssen, übernehme man das. Auch eine finanzielle Abgabe für die soziale Infrastruktur oder die Errichtung von Kitas durch den Investor seien üblich.

Kommentar
Mathias Hausding
über Zuzug und
Neubau



Auf gesunde Art wachsen

Noch vor fünf Jahren war Brandenburg stark auf das Schrumpfen und die damit verbundenen Probleme fokussiert. Das hat sich für weite Landesteile erfreulicherweise geändert. Zwar gibt es nicht wenige Menschen, die vor allem ihre Ruhe wollen und deshalb nichts gegen Bevölkerungsrückgang haben. Der großen Mehrheit jedoch dürften unter dem Strich die jetzigen Wachstumsschmerzen lieber sein als die Schrumpfungssorgen. Medizinische Versorgung, Bildungsangebote, Nahverkehr, Einkaufsgelegenheiten mögen vielerorts zu wünschen übrig lassen. Aber würde das Land weiter schrumpfen, wäre alles viel schlimmer.

Dennoch sind die möglichen Probleme durch viel Wohnungsneubau und regen Zuzug ernst zu nehmen. Es wird voller auf den Straßen, Stadtbilder ändern sich, Schulen platzen aus allen Nähten. Dass Kommunen bei zu schnellem Wachstum auf die Bremse treten, ist deshalb vernünftig. Ebenso richtig ist es, dass Bürgerinnen und Bürger Bauvorhaben vor Ort kritisch begleiten. Investoren, die an einem Standort auf einen Schlag hunderte Wohnungen errichten, haben dort eine Verantwortung für das Gemeinwesen. Wenn sie das erkennen und danach handeln, kann Brandenburg auf gesunde Art wachsen.

Doppel-Schau zum Jubiläum

Filmuseum Potsdamer Besuchermagnet lässt 40 Jahre Revue passieren.

Potsdam. Es ist das älteste Film- museum Deutschlands und seit vier Jahrzehnten im Marstall in Potsdam zuhause: Mit zwei Jubiläumsausstellungen – im Foyer des Marstalls und digital auf der Website – lässt das Haus seine Zeit Revue passieren. Die eine Schau berichtet von der ersten Filmtechnikausstellung, mit der das Museum 1981 eröffnet wurde. Sie erzählt zudem von der Schnelligkeit, mit der es in den 1990er-Jahren wuchs, als man aus den Studios der aufgelösten Defa Objekte und Dokumente für die Sammlung barg. In der virtuellen Ausstellung sprechen aktuelle und ehemalige Mitarbeiter über ihre persönlichen Werdegänge und Projekte.

Mit vier Dauerausstellungen zur Filmgeschichte in Babelsberg, 127 Sonderschauen, 80 Foyerausstellungen und seinem Kinoprogramm zog das Haus bereits über drei Millionen Gäste an. Noch einmal drei Millionen sahen die Familienschauen zum Sandmann, zur Sendung mit der Maus und über „Die Digidags“. dpa

Gastwirte kritisieren neue Corona-Regeln

Öffnung Dehoga und Tourismusverband reagieren mit Unverständnis und sehen Wettbewerbsverzerrung.

Potsdam. Als „großen Schritt in Richtung Normalität“ hat Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) die Beschlüsse der Landesregierung bezeichnet – die auch für die Gastronomie weitere Öffnungsschritte bringen. So fällt die Terminpflicht für Restaurants, Cafés, Kneipen oder Bars. Und die Innengastronomie kann unter Auflagen, darunter Testpflicht, wieder öffnen. Wenn Gaststätten nur über Außenbereiche verfügen oder nur diese öffnen, dann besteht seit heute keine Corona-Testpflicht. Wird in Innenbereichen bewirtet, gilt Testpflicht auch im Außenbereich.

In der Branche herrscht Entsetzen über die neue Corona-Regelung. Der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes Brandenburg, Olaf Schöpe ist enttäuscht: „Diese Regelung wird als Lockerung präsentiert und bedeutet nichts anderes als: Lasst Eure Innengastronomie zu!“ Neben Wettbewerbsverzerrung

untereinander, aber auch gegenüber Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sei das ein Schlag ins Gesicht. „Ich frage mich, wozu es Verabredungen gab, bei einer Inzidenz unter 35 den Wegfall der Testpflicht zu beschließen, wenn dann jedes Land

macht, was es will und hier zusätzlich Hürden hochgezogen werden.“

Bürokratisches Monster

Auch beim Geschäftsführer des Landestourismusverbandes Brandenburg, Markus Aspetzberger

sorgen die Regelungen für Unverständnis. „Dass Außengastronomie ohne Test möglich ist, wäre eigentlich eine große Erleichterung. Sie ist nur leider mit dem Nachsatz versehen, dass Gastgeber, die auch den Innenbereich für Gäste öffnen wollen, dann

auch weiterhin einen Test von Gästen im Außenbereich verlangen müssen. Wer hingegen nur den Außenbereich öffnet, darf das dann ohne Testpflicht. Klingt nicht nur kompliziert, ist es auch.“

Aspetzberger nennt es ein kaum zu durchblickendes und bürokratisches Monster, das auf Gäste und Gastgeber losgelassen wurde. Kritisiert werden auch die nun geltenden Beherbergungsregeln gerade zur Testpflicht. Wer in Brandenburg Urlaub machen möchte, muss in der Ferienwohnung, auf dem Campingplatz oder auf dem Boot bei Ankunft einen negativen Corona-Test vorweisen. In Hotels und Pensionen sind zusätzliche Tests alle 72 Stunden fällig. Für Gäste sei das schwer nachzuvollziehen, für Gastgeber, die beispielsweise sowohl Hotelzimmer als auch Ferienwohnungen vermieten, bedeute die Regelung ein weiterer administrativer Hemmschuh. cd

Diese Lockerungen in Brandenburg gelten ab dem 11. Juni

Beherbergung: Touristische Übernachtungen sind auch in Hotels und Pensionen wieder erlaubt. Vor Beginn der Beherbergung und jeweils nach Ablauf von 72 Stunden müssen Gäste von Hotels und Pensionen einen negativen Testnachweis vorlegen. Für die Unterbringung in Mehrbettzimmern gilt die Begrenzung auf zwei Haushalte nicht bei Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe. Damit sind insbe-

sondere die Ferienprogramme mit Übernachtungen möglich.

Messen, Ausstellungen, Spezialmärkte, Jahrmärkte, Volksfeste, Spielhallen, Spielbanken und Wettannahmestellen können wieder für den Publikumsverkehr öffnen – mit Hygienekonzepten. Veranstaltungen sind unter freiem Himmel mit bis zu 500 und in geschlossenen Räumen mit

bis zu 200 Besuchern zulässig.

Einzelhandel: Unter Beachtung der Abstands- und Hygieneregeln und der Maskenpflicht können sich beliebig viele Kunden in Geschäften aufhalten.

Schwimmbäder, Spa- und Freizeitbäder, Saunen, Thermen und Wellnesszentren können öffnen – ohne Personenbegrenzung, mit

Hygienekonzept, Terminvergabe, Abstandsgebot, Negativ-Test, Kontaktnachweis, Maskenpflicht in Umkleieräumen

Weiterhin geschlossen bleiben für den Publikumsverkehr: Dampfsaunen und Dampfbäder, Diskotheken, Clubs, Prostitutionsstätten und Bordellbetriebe

(Quelle Staatskanzlei Brandenburg)

Rehkitz-Rettung per Drohne

Dallgow-Döberitz. In Brandenburg werden Grünfütterfelder vor der Mahd jetzt verstärkt mit Drohnen abgesucht. Die daran befestigte Wärmekamera hilft, im hohen Gras versteckte Rehkitze, Feldhasen oder auch Gelege von Bodenbrütern aufzuspüren. Die Tiere werden aus der Gefahrenzone geholt, bevor sie ins Mähwerk der Landmaschinen geraten können und sterben. Initiator dieser Naturschutzmaßnahme ist der Verein „Rehkitzrettung Brandenburg“ aus Dallgow-Döberitz (Havelland).

Die Mitglieder sind bereits seit drei Jahren mit Drohnen auf der

Suche nach Jungtieren und kooperieren dafür immer häufiger mit Jägern und Landwirten. Allein im vergangenen Jahr konnten 52 Rehkitze auf Brandenburger Feldern mit Drohne und Wärmekamera entdeckt und gerettet werden. Nach der Mahd werden die Jungtiere wieder an der Stelle ausgesetzt, an der sie gefunden wurden. Der Landesjagdverband hat jetzt ein brandenburgweites Verzeichnis ehrenamtlicher Rehkitz-Retter auf seine Internetseite gestellt und sucht weitere Drohnenpiloten. Zwei Dutzend freiwillige Helfer konnten bereits gefunden werden. dpa



Brandenburgs Schüler sollen nicht untergehen. Mit Millionen versucht man nun Wissenslücken zu schließen. Foto: Rolf Vennenbernd/dpa

Corona-Hilfe für zwei Schuljahre

Potsdam. Zur Bewältigung der schulischen und psychosozialen Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche stehen in Brandenburg für die kommenden zwei Schuljahre rund 69 Millionen Euro bereit. Mit knapp 39 Millionen Euro aus dem Bundes-Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ sollen außerschulische Angebote am Nachmittag gefördert werden, mit denen Lernrückstände aufgeholt und soziale Kompetenzen trainiert werden sollen, wie das Bildungsministerium am Mittwoch mitteilte. Das Land Brandenburg stelle aus dem Corona-Rettungsschirm wei-

tere 30 Millionen Euro für zusätzliche Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal zur Verfügung.

„Wir wollen die Schülerinnen und Schüler tatkräftig unterstützen, ihre teilweise schwierige Situation zu bewältigen“, sagte Bildungsministerin Britta Ernst (SPD). „Es ist nicht ihre Schuld, dass es zu Lernrückständen und psychosozialen Problemen gekommen ist.“ Mit den Mitteln des Bundes sollen auch im kommenden Jahr Ferien- und Wochenendfreizeiten sowie weitere Angebote zur Bewältigung der Pandemiefolgen ermöglicht werden. dpa